

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich:
in Neuenbürg M 2.25.
Durch die Post im Orts-
und Oberamts-Verkehr
„M 2.25 im sonstigen
inländ. Verkehr „M 2.35
und 30 Pf. Postbestellgeld.

Bestellungen nehmen alle Post-
ämter und in Neuenbürg die
Buchhandlung J. J. J. entgegen.
Direktion Nr. 24 bei der
O. H. Sparkasse Neuenbürg.
Verlagsbuchhändler:
„Enztäler“, Neuenbürg.

Anzeigerpreis:
die einspalt. Zeile 16 Pf.
bei Ankaufserteilung
durch d. Geschäftsst. 30 Pf.
Reklame-Zeile 40 Pf.
Bei späterer Aufnahme
entsprechender Nachschuß,
der im Falle des Nicht-
verfahrs. hinfallig wird.

Schluß der Anzeigen-
Annahme 6 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für nichtöffentliche Aufträge wird
besonderer Bescheid übernommen.

Nr 264.

Neuenbürg, Montag den 11. November 1918.

76. Jahrgang.

Die Geschehnisse der letzten Tage.

Wir lassen nachstehend die Ereignisse, wie sie in den letzten Tagen in ergreifender Tragik Schlag auf Schlag sich abwickelten, folgen, wobei wir bemerken, daß uns der Bericht über die Abdankung des Kaisers für die Samstagnummer verfaßt zuging, insofern nur in einem kleinen Teil der Auflage veröffentlicht werden konnte, aus welchem Grunde wir ihn heute wiederholen. Die Schriftleitung.

Die Eintrags-Regierung an das württembergische Volk.

Stuttgart, 9. Novbr. (Amtl.) Das neue Ministerium, das sich auf dem Vertrauen der gewählten Volksvertretung aufbaut, ist gebildet und hat die Regierung übernommen.

Der König hat in Übereinstimmung mit diesem Ministerium die Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung angeordnet. Sie soll durch allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahl der württembergischen Staatsangehörigen über 24 Jahre beiderlei Geschlechts gebildet werden. Ihre Aufgabe soll sein, unserem Staat eine den Bedürfnissen der neuen Zeit genügende Verfassung auf demokratischer Grundlage zu geben. Die Mehrheit des württembergischen Volkes soll damit in die Lage versetzt sein, die Entscheidung über die künftige Regierungsform zu treffen.

Der König spricht aus, daß seine Person niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geschehenden Entwicklung sein werde, wie er auch bisher seine Aufgabe einzig darin erblickt hat, dem Wohl und den Wünschen seines Volkes zu dienen. Wir richten an das ganze Volk die dringende Mahnung und Bitte, in diesen Tagen der schweren Not des Vaterlandes Besonnenheit zu bewahren und Ruhe und Ordnung zu halten.

Nur so kann unser Volk vor dem tiefsten Elend, vor den Gefahren der Hungersnot und dem Einbruch der Feinde in unser Land bewahrt werden.

Wilhelm.

König. Ricke. Dieber. Lindemann. Bistorius. Köhler.

Die Abdankung des Kaisers.

WTB. Berlin, 9. Nov. Amtlich. Der Kaiser hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amt, bis die mit der Abdankung des Kaisers und dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentenschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er hat sich dem Regime die Anerkennung des Abz. Ober (Soz.) zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung vorgeschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich derjenigen Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen. (Wiederholt aus einem Teil der letzten Nummer.)

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Prinz Max von Baden.

Umwälzung in Württemberg.

Stuttgart, 9. Nov. Heute Abend hat sich im Landtagsgebäude eine neue provisorische Regierung gebildet. Sie erläßt folgenden Aufruf:

An das württembergische Volk!

Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen. Die Republik ist erklärt.

Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht.

Seine nächste Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeiterausschuß, dem sich General von Ebbinghaus mit seinem Offizierskorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperschaften werden geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung.

Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung auf Grund der in unserem Programm bekanntgegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten.

Die Regierung wird eine umfassende Amnestie erlassen.

Sie fordert die Bevölkerung auf, die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen, sowie die Arbeit wieder aufzunehmen.

Unberufenen Elementen, die sich öffentliche Ämter anmaßen, ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Berechtigten zu Amtshandlungen sind nur die mit amtlichem Ausweis versehenen Vollzugsorgane.

Für den Schutz von Leben und Eigentum ist Vorrang getroffen. Die Soldaten gehorchen dem von ihnen gewählten Soldatenrat.

Von den öffentlichen Beamten, insbesondere dem Personal der Verkehrsanstalten, erwarten wir, daß sie weiter ihre Schuldigkeit tun.

Freies Versammlungs- und Versammlungsrecht ist für alle Zivil- und Militärpersonen gewährleistet.

Es werden umfassende soziale Reformen vorbereitet.

Die Bevölkerung der übrigen Gemeinden des Landes fordern wir auf, sich dem von der Stuttgarter Bevölkerung gegebenen Beispiel anzuschließen und in den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Landeshauptstadt keine Störungen einzutreten zu lassen. Wir werden es als unsere besondere Pflicht anzusehen, uns der Interessen der gesamten Bevölkerung des Landes und sämtlicher Erwerbs-schichten aufs nachdrücklichste anzunehmen.

Wir entbieten brüderlichen Gruß den Arbeitern und Soldaten aller Länder und fordern sie auf, mit dem revolutionären deutschen Volk solidarisch zu handeln und damit einen baldigen, dauernden Frieden der Gerechtigkeit herbeizuführen zu helfen.

Stuttgart, 9. November 1918.

Die provisorische Regierung:

Vorsitz: Bloß. Crispian. Auswärtiges: Bloß. Inneres: Crispian. Arbeitsministerium: Lindemann. Finanzen: Talsheimer. Kult: Heymann. Justiz: Mattulat. Krieg: Schreiner.

Dazu kommt folgende Erklärung:

Ich habe mich bereit erklärt, im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuwirken, daß die militärische Ordnung in Stuttgart aufrecht erhalten bleibt.

9. Nov. 1918. General v. Ebbinghaus.

Stuttgart, 9. Nov. Das stellvertretende Generalkommando hat sich bereit erklärt, seinen Dienst im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat weiterzuführen.

Revolution in Berlin.

WTB. Berlin, 9. November. (Amtlich.) Hier hat die Revolution einen glänzenden, fast unblutigen Sieg errungen. Der am Morgen ausgebrochene Generalstreik führte zu der Stilllegung fast sämtlicher Betriebe. Um etwa 10 Uhr vormittags ging das Raumburger Jäger-Regiment zum Volke über und schickte eine Deputation zum Berliner Arbeiter- und Soldatenrat. Weitere Truppenteile schlossen sich in rascher Folge an. Das Alexander-Regiment ging nach einer Ansprache des Reichstagsabgeordneten Weis geschlossen zum Volke über. Nur in der Chausseestraße kam es vor der dortigen Kaserne zu einer unbedeutenden Schießerei, wobei ein Arbeiter

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 9. Nov. (WTB.) Amtl.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Der auf dem Westufer der Schelde gelegene Teil von Tournai wurde von uns geräumt und vom Engländer besetzt. Zwischen der Schelde und Oise und westlich der Maas haben wir unsere Linien plangemäß zurückverlegt. In einzelnen Stellen haben sich hierbei Nachhülkämpfe entwickelt. Der Feind hat in diesem Abschnitt die Linie Peruwel westlich von St. Ghislain westlich von Maubeuge östlich und südwestlich von Avesnes erreicht und ist westlich der Linie Liart-Barby und an der Maas westlich von Seban gefolgt. Auf den östlichen Maashöhen fanden Teilkämpfe statt.

Der erste Generalquartiermeister
Grüner.

Großes Hauptquartier, 10. Nov. (WTB.) Amtl.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Zwischen der Schelde und der Maas ist der Feind gestern unseren Bewegungen über Bonasse-Leize-St. Ghislain-Maubeuge-Trelon und über die Sommonde westlich von Charleville gefolgt. Auf den östlichen Maashöhen und an der Ebene der Boivre wurden mehrfache Vorstöße der Amerikaner abgewiesen.

Der erste Generalquartiermeister
Grüner.

ter durch einen Offizier getötet wurde. Die Offiziere flüchteten. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Militärpatrouillen, die sich am Freitag zahlreich in den Straßen zeigten, sind zurückgezogen. Vom „Vorwärts“-Gebäude, das durch eine Abordnung des Raumburger Jäger-Regiment geschützt ist, weht die rote Fahne. Es herrschen ungeheurer Jubel und große Begeisterung. Die Kontrolle des Volkswirtschaftlichen Bureaus ruht in den Händen der Genossen Wilhelm Carl-Frankfurt a. R. und Erich Hoffmann-Berlin.

Berlin, 9. Nov. (WTB.) Der Reichskanzler Ebert veröffentlicht nachfolgenden Aufruf:

Aufruf!

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgaben kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilsreiche Hand leihen.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Verfall der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtloses und unverdrossenes Weiterarbeiten, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, 9. Nov. 1918.

Der Reichskanzler (gez.): Ebert.

Wie verlautet, hat sich der Kriegsminister Scheuch der neuen Regierung zur Verfügung gestellt, um die weitere Ernährung des Heeres und die Lösung der Demobilisierungsaufgaben sicher zu stellen.

Berlin, 9. Nov. Das Oberkommando hat mitgeteilt, daß es sich dem Arbeiter- und Soldatenrat unterordnet. Heute nachmittag gegen 5 Uhr rückten mit Flöten und Trommeln, geleitet von Autos, in denen Maschinengewehre aufgestellt waren, Soldaten und Arbeiter vor dem Reichstag an. Sie drangen in das Reichstagsgebäude ein und ließen sich in den Wandelhallen nieder, wo sie zu bewachen gedenken. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärte, sie seien die Bürgergarde, die den Schutz

1918.

bei dem
raders und

Begleitung
sprechen

ist.

1918.

it, daß am

ner,

Sachsen-
in Silber
ille

22 Jahren

Landjäger

sofort ein ordentl.

Mädchen

und Hausarbeit
und gedient hat,
Heter Bozenhardt,
Neuenbürg.

en-Gesuch.

solches Mädchen
aus (2 Pers.) für
fort od. auf 1. De-
st.

en bei
wärter Schuch,
bürg.-Eisenfurt.

drennach.

32 Wochen träch

nd Fahrkuh

rel Neuweiler.

esdienste

Neuenbürg
Dreieinigkeitsch,
9. November,
t (Febr. 11. 18; Dieb
Kran 11. 18.

1/2 Uhr für die Ehre:
Hof Dr. Schäfer.
und 8 Uhr Bielehunde.
und 8 Uhr Kriegshei-
er Stadtkirche.

Berlins übernommen habe. In den Straßen wird hier und da scharf geschossen. Die elektrischen Bahnen verkehren nicht. Sonst scheint im allgemeinen die Ruhe nicht gestört zu sein, wenn schon vereinzelt auch Plünderungen von Läden vorgekommen sein sollen. Die Proklamierung der sozialen Republik erfolgt heute nachmittag.

Umwälzungen in Bayern.

München, 8. Nov. Nach hiesigen Meldungen ist König Ludwig von Bayern geküchelt. Vor dem Residenzschloß fanden erneut große Ansammlungen statt, bei denen Hochrufe auf die Republik Bayern ausgebracht wurden.

München. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wurden laut „Fest. Jg.“ gestern abend von den Aufständischen besetzt und unter Kontrolle genommen. Sie sind die einzige Zeitung Münchens, die heute erscheinen darf.

München, 8. Nov. An die Spitze der republikanischen Regierung trat, wie bereits bekannt, der Schriftsteller Kurt Eisner. Zu den neuen Männern der Regierung, die eben noch dem alten Regime gedient hatten, gehört der bekannte Bauernführer Dr. Heim. Der frühere Verkehrsminister von Frauendorf schloß sich der neuen Regierung an. Die Justiz wurde dem Gewerkschaftsführer Johannes Timm übertragen. Die Finanzen übernimmt der Universitätsprofessor Edgar Jaffe. Maschinenmeister Unterleitner, der mit Eisner zusammen seit den Dezemberunruhen im Gefängnis saß, wurde Minister für soziale Fürsorge, der Arbeiter und Soldat Streiner Polizeipräsident.

Augsburg, 9. Nov. In Augsburg hat sich gestern mittag ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. An der Spitze steht der Garnisonsälteste, der Generalleutnant Hennings. Der Kommandant von Augsburg ist zurückgetreten. Der Regierungspräsident von Schwaben-Neuburg, von Braun erklärte auf Ehrenwort, daß er bis zur vollen Klärung der Verhältnisse auf seinem Posten bleiben werde. Der Oberbürgermeister von Augsburg sorgt im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung, dem Arbeiter- und Soldatenrat und „Sovjetrat“ (?), dem er untergeordnet ist, für Ruhe und Ordnung und für geregelt wirtschaftliches Leben und die Lebensmittelversorgung. Dem Sovjet gehören auch Offiziere an. Heute Nacht wurde vom Rathaus Besitz ergriffen und die Lebensmitteldepots wurden besetzt. Die redaktionelle Leitung der „Augsburger Postzeitung“ und der anderen Zentrumsblätter wurden unter Überwachung und Vorzensur des Augsburger Soldaten- und Arbeiterrats gestellt.

Erlangen, 9. Nov. Die Stadt ist in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates. Auf dem Marktplatz fand eine Versammlung statt, an der ungefähr 3000 Personen teilnahmen.

Nürnberg, 9. Nov. Nürnberg ist in die Gewalt des Arbeiter- und Soldatenrats übergegangen.

Umwälzungen im Reich.

Berlin, 8. Nov. Neuen Meldungen zufolge hat sich die Lage in Kiel und Wilhelmshafen nicht wesentlich geändert. Im allgemeinen herrscht Ruhe und Ordnung. Die amtlichen Stellen haben sich besonnen Weise mit den Arbeiter- und Soldatenräten ins Einvernehmen gesetzt, um mit ihnen zusammen an der Aufrechterhaltung der Ruhe zu arbeiten.

Berlin, 8. Nov. Ueber die Unruhen im Reich wird von zuständiger Seite weiter folgendes mitgeteilt: In Kolberg liefen 3 kleinere Kriegsschiffe ein, die aus Kiel geschickt sind. Die Besatzung wurde in die Heimat beurlaubt und ist abgelöst. In Kolberg herrscht Ruhe.

Rostock, 8. Nov. In Rostock sind Soldatenräte gebildet. Die Chaussee nach Warnemünde ist besetzt.

Bremen, 9. Nov. Wie der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat der „Weser-Ztg.“ mitteilt ist nach einem seeben eingegangenen Telegramm Helgoland und die ganze Nordseeflotte im Besitz des Soldatenrates.

Hannover, 8. Nov. Ein Augenzeuge der hiesigen Vorgänge berichtet, wie die Unruhen in Hannover durch Marine-Mannschaften hervorgerufen wurden, die sich auf der Durchreise nach Süddeutschland befanden. Der Aufforderung eines Marine-Soldaten in den einzelnen Kasernen, sich dem Arbeiter- und Soldatenrat anzuschließen, wurde überall Folge geleistet. Auch ein Nachmittags zum Angriff auf den vom Soldatenrat besetzten Bahnhof vorgehendes Infanterieaufgebot ging über, nachdem der Hauptmann gefallen. Vergeblich versuchten 5 Offiziere mit Handgranaten gegen die Maschinengewehre am Bahnhof vorzugehen. Um 7 Uhr abends hatte inzwischen der Arbeiter- und Soldatenrat für alle seine Forderungen die Zustimmung des Generalkommandos und der Stadtverwaltung erhalten.

Leipzig, 9. Nov. Der Soldaten- und Arbeiterrat hat auch hier die Nacht fest in Händen. Er ist im Besitz des Bahnhofs, sowie wichtiger behördlicher und militärischer Gebäude. Die Zeitungen stehen unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates; die alldeutsche „Leipz. Neuesten“ dürfen seit heute nicht mehr erscheinen.

Leipzig, 9. Nov. Wie dem Leipz. Hgl. aus Berlin gemeldet wird, lagen bis gestern abend von insgesamt 38 deutschen Städten Mitteilungen über die Bildung von Soldaten- und Arbeiterräten vor. Keine Stadt trägt bolschewistischen oder reichsfeindlichen Charakter. In Bremerhaven und Swinemünde hat der dortige Kommandant sogar sich mit den Marineauschüssen in der Handhabung der öffentlichen Gewalt geteilt. In Hamburg ist heute früh eine Proklamation erschienen, worin der Soldatenrat den hohen Senat sowie alle Zivilbehörden in ihren Ämtern bestätigt und auch die weitere Funktion der Polizei sicherstellt.

Kassel, 9. Nov. Heute morgen erhielt die provisorische Vertretung des Arbeiter- und Soldatenrates vom Bürgermeister die Erklärung, daß er sich und die Stadtverwaltung den Wünschen des neuzubildenden Arbeiter- und Soldatenrates unterstelle. Dasselbe erklärte der Polizeipräsident. Auf dem stellv. Generalkommando erklärte der Chef sich bereit, zur Vermeidung von Blutvergießen die militärische Gewalt in Kassel mit dem Arbeiter- und Soldatenrat gemeinsam auszuführen.

Köln, 9. Nov. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat stellte folgende Bedingungen auf: 1. Sofortiger Frieden. 2. Vereidigung des Heeres auf die Verfassung. 3. Abschaffung aller Dynastien in Deutschland. 4. Einstellung aller militärischen Einberufungen. 5. Freilassung aller politischen Gefangenen. 6. Annullierung der Kriegsanleihen unter Schutz der kleinen Leute. 7. Abschaffung des militärischen Grades.

Köln, 9. Nov. Die Stadt Köln ist seit gestern in der Gewalt des Soldatenrats. In den Straßen wird den Offizieren der Degen abgenommen. Ein Offizier, der sich weigerte, den Degen abzugeben, wurde erschossen.

Düsseldorf, 9. Nov. Der Umsturz vollzog sich hier in bewundernswürdiger Ruhe. Es kam zu keinen Ausschreitungen. Die Arbeit ist nicht unterbrochen, die Zeitungen erscheinen wie sonst. Auf den Straßen herrscht reger Verkehr, abends sind die Straßen heller als bisher erleuchtet. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Nacht fest in Händen und außer dem Bahnhof alle öffentlichen Gebäude besetzt. Auf den Montag ist der Generalstreik angesetzt.

Mainz, 9. Nov. Hier hat sich gestern der Soldaten- und Arbeiterrat konstituiert. Es ist in der Stadt ruhig. In der vergangenen Nacht öffneten Soldaten gewaltsam die Militärgefängnisse und verbrannten die Akten.

Darmstadt, 9. Nov. Gestern abend 8 Uhr haben die Soldaten des Truppenübungsplatzes und der Stadt Darmstadt einen Soldatenrat gegründet. Dieser verlangte und verbürgt sich für die Durchführung der bekannten Forderungen.

Frankfurt, 9. Nov. In Frankfurt a. M. ist seit dem frühen Morgen die vollziehende Gewalt vollständig in den Händen des Soldatenrates, an dessen Spitze Vizewachmeister Roser und Vizelfeldwebel Reinhardt stehen. Der Soldatenrat, der in ständiger Fühlung mit der organisierten Arbeiterschaft vorgeht, hat den sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Singheimer zum provisorischen Polizeipräsidenten und Lebensmitteldeklarator ernannt. Die Lebensmittelversorgung ist gesichert.

Frankfurt a. M., 9. Nov. Die Militär- und Polizeibehörden haben sich mit den Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte einverstanden erklärt. Der stellv. kommandierende General des 18. Armeekorps ist zurückgetreten.

Deutschland.

Stuttgart, 8. Nov. Anlässlich des Rücktritts des Ministerpräsidenten Dr. Frhr. v. Weizsäcker macht der „Schwäb. Merkur“ die interessante Mitteilung, daß Herr v. Weizsäcker der einzige Minister gewesen sei, der sich im Bundesrat bis zuletzt aufs nachdrücklichste gegen den verschärften Unterseebootskrieg und damit gegen die Vereinzigung der Vereinigten Staaten in den Krieg gewehrt habe.

Berlin, 9. Nov. Der „Vorwärts“ berichtet: In Dortmund und Duisburg sind Flugblätter mit der Unterschrift „Soldatenrat von Kiel“ verbreitet worden, in denen es heißt: Unsere Vorpostenboote haben sich mit den englischen vereinigt. Auf diesen beruht der gleiche Zustand, wie auf den vorigen. Auch in der französischen Flotte soll die Lage eine ähnliche sein. Inwieweit diese Behauptung zutrifft, läßt sich nicht feststellen.

Berlin, 8. Nov. Gestern fanden interkationelle Besprechungen statt, bei welchen die Frage der Abdankung des Kaisers erörtert wurde. Die bürgerlichen Parteien haben sich angefangen der allgemeinen Lage auf den Standpunkt der Sozialdemokraten gestellt und sich für die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen ausgesprochen und die Wahrung ihres grundsätzlichen Festhaltens an der Monarchie.

Berlin, 9. Nov. Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Die Mitglieder des Kabinetts des Prinzen Max von Baden haben heute vormittag sämtlich ihre Demission gegeben.

Die Lebensmittelversorgung.

Berlin, 9. Nov. Die außerordentlich schwere Einwirkung der in verschiedenen Teilen des Landes ausgebrochenen Unruhen auf die Lebensmittelversorgung kann nicht ernst genug angefaßt werden. Wie wir erfahren, ist in den von den Unruhen ergriffenen Bezirken wahrscheinlich mit sehr ernstlichen Störungen in der Lebensmittelversorgung zu rechnen. Falls die Störung der Ordnung um sich greift und weitere Transportbehinderungen verursacht, sind katastrophale Wirkungen unausbleiblich. Die Störung des Eisenbahnverkehrs macht eine Freischmildeversorgung der Städte unmöglich, wodurch die Ernährung der Kinder und Säuglinge in Frage gestellt wird. Auch sind bereits Kartoffeltransporte unterwegs aufgehalten und durcheinander geworfen worden, was auf die Großstädte, die nur kurze Zeit mit Kartoffeln versorgt sind, von bedenklicher Wirkung sein muß. Auch die Fleischversorgung wird natürlicherweise gefährdet.

Ausland.

Wien, 8. Nov. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, hat die Armee Madajen den Durchmarsch durch Ungarn begonnen. Laut Wiener Journal sind die Rumänen in die südbanatische Stadt Lugos eingedrungen und haben alle ungarischen Soldaten niedergemacht. Ein heimgekehrter Stabsoffizier teilt mit, die ukrainische Nationalregierung habe den General Wilm-Ermolli gebeten, den Oberbefehl über die ukrainischen Truppen in Ostgalizien zu übernehmen. Baron Ermolli habe angenommen.

Bern, 9. Nov. Der Bundesrat hat unter Berufung auf die bolschewistischen Umtriebe die Beziehungen zu der Berner Vertretung der russischen Sowjetrepublik abgebrochen.

Basel, 9. Nov. Der Tempus meldet: Im Heeresanhang der Kammer teilte die Regierung mit, die Entlassung aller Jahrgänge vor 1872 erfolge umgehend nach Abschluß des Waffenstillstands. Die militärischen Operationen seien für Frankreich mit Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch den Feind abgeschlossen.

Genf, 8. Nov. Clemenceau ermächtigte seine Organe, mitzuteilen, daß für den Fall, daß die deutschen Parlamentäre unverrichteter Sache heimkehrten, eine Wiederaufnahme irgend welcher Waffenstillstandsverhandlungen ausgeschlossen wäre. Ratin fügt hinzu, es handle sich um Bedingungen, die im Friedensvertrag sehr geringe Ergänzungen überlassen. Daher komme das Ja oder Nein, das die nächsten Stunden bringen werden, der endgültigen Entscheidung des Feldzuges gleich.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

* Neuenbürg, 9. Nov. An der 9. Kriegsanleihe haben sich die Kirchenspielen der Diözese mit zusammen 84.900 M. beteiligt. Auf die acht wurden gezeichnet 26.000 M. Im ganzen sind auf die Kriegsanleihen seitens der Kirchengemeinden, der kirchlichen Stiftungen und der in kirchlicher Verwaltung stehenden Vereine gezeichnet worden 268.800 M.

Letzte Nachrichten u. Telegramme.

W.B. Stuttgart, 11. November. Amtlich.

An alle Soldaten!

Sämtliche Soldaten haben sich unverzüglich zu ihren Truppenteilen zu begeben. Nichtbefolgung wird strengstens bestraft. Der Soldatenrat.

ges. Edmann.

Stuttgart, 9. Nov. Oberstleutnant Schwab, Kommandeur des Bätt. Infanterieregiments 127, das nach dem Heeresbericht vom 2. Nov. d. J. bei den Kämpfen zwischen Terron und Falaise an der Aisne sich besonders ausgezeichnet hat, ist der Orden Pour le merite verliehen worden.

Karlsruhe, 10. Nov. Eine neue Regierung ist unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Geiß gebildet worden. An ihr sind die beiden sozialdemokratischen Parteien, die Nationalliberalen, Fortschrittler und das Zentrum beteiligt. Das Amt des Auswärtigen wird in die Hände eines Nationalliberalen gelegt. Die Unabhängigen besetzen die Ämter des Krieges und der sozialen Angelegenheiten.

fanden intercal-
welchen die Frage
wertet wurde. Die
angefichts der all-
unft der Sozialde-
die Abdankung des
des Kronprinzen
des grundsätzlichen

Berliner Tageblatt
innetts des Bringen
ermittelt sämtlich ihre

forzung.
erodentlich schwere
Teilen des Landes
die Lebensmittelver-
angehen werden.
von den Ursachen
mit sehr ersten
riorung zu rechnen.
um sich greift und
verursacht, sind kata-
strophal. Die Störung
die Fleischmehlverfor-
durch die Ernährung
frage gestellt wird.
transporte unterwegs
geworfen werden.
nur kurze Zeit mit
bedenklicher Wirkung
forzung wird natür-

Neue Freie Presse
den Durchmarsch
at Wiener Journal
atische Stadt Luzos
ngarischen Soldaten
er Stabsoffizier teil
regierung habe den
den Oberbefehl
in Ostgalizien zu
habe angenommen.
desrat hat unter Be-
Umtriebe die Ver-
retung der russischen

Empf meldet: In
eilte die Regierung
änge vor 1872 er-
Waffenstillstands-
seien für Frankreich
dsbedingungen durch
ant ermächtigte seine
den Fall, daß die
richtiger Sache beim-
gend welcher Waffen-
lossen wäre. Maria
Bedingungen, die im
Ergänzungen übrig
oder Nein, das die
eben, der endgültigen
eich.

Umgebung.
An der 9. Krieg-
rupflegen der Dösch
eilligt. Auf die acht
Im ganzen sind auf
Kirchengemeinden, der
in kirchlicher Verwalt-
worden 268 800 M.

Telegramme.
November. Amtlich
ten!
sich unverzüglich zu
Nichtbefolgung wird
er Soldatenrat.
gez. Edmann.
berstleutnant Schwab,
anlerie-Regiments 127,
vom 2. Nov. d. J.
erron und Palaise an
sgezeichnet hat, ist ber-
en worden.

Eine neue Regierung
sozialdemokraten Weß
die beiden sozialde-
tionalliberalen. Fort-
beteiligt. Das Amt
e Hände eines Natio-
abhängigen befehen die
er sozialen Angelegen-

zeiten, die Sozialdemokraten, die der Justiz, des
Verkehrs und des Unterrichts, das Zentrum die der
Finanzen und der Ernährung. Minister des Innern
ist der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Haas. Auf
Wunsch der Unabhängigen wurde dieses Ministe-
rium vom Großherzog nicht ernannt. Dieser er-
klärte, daß die neue Regierung zwar nicht auf dem
verfassungsmäßigen Wege zustande gekommen sei,
daß er aber unter den gegebenen Umständen keine
Einwendung erhebe.

WTB. Berlin, 9. Nov. Der neue Reichs-
kanzler Ebert erläßt folgende Rundgebung an die
deutschen Bürger:

Mitbürger:
Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von
Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen
Staatssekretäre die Wahrnehmung des Geschäftes des
Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die
neue Regierung im Einverständnis mit den Parteien
zu bilden und werde über das Ergebnis der Beson-
derheit berichten.

Die neue Regierung wird eine Vollregierung
sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deut-
schen Volk den Frieden schnellstens zu bring-
en und die Freiheit, die es errungen hat, zu be-
festigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Un-
terstützung bei der schweren Arbeit, die unser harter
Krieg wühlt, wie schwer der Krieg die Ernährung
des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen
Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf
die Ernährung der Bevölkerung nicht fördern! Es
muß die Pflicht aller in Stadt und Land bleiben,
die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zu-
fuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu
fordern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung
und Raub mit Elend für alle. Die Ärmsten
würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter
am bittersten getroffen werden. Wer sich an Nah-
rungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen
oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrs-
mitteln vergreift, versündigt sich aufs Schwerste an
der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Ver-
lasst die Straße! Sorgt für Ruhe und Ordnung.
Berlin, 9. Nov. 1918.

Der Reichskanzler: Ebert.
Berlin, 9. Nov. Aus dem Reichstag verlan-
det, daß die neue Regierung sich folgendermaßen zu-
sammensetzt: Ebert, Reichskanzler, von den Mehr-
heitssozialisten noch Scheidemann und Landsberg
als Staatssekretäre ohne Vortesequelle. Von den
kaiserlichen Parteien soll der neuen Regierung nur
der Zentrumsvizepräsident Erzberger, der Nationalliberale
Freiherr v. Richthofen und der fortschrittliche Abg.
Gothein, von den unabhängigen Sozialdemokraten
Haase und Ledebour angehören. Endgültige Be-
schlüsse sind noch nicht gefaßt, da die Fraktionen
erst heute abend tagen. Ebert ist mit der Bildung
der Parteiregierung beauftragt.

Berlin, 9. Nov. WTB. Wie verlautet, hat
der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst
von Linsingen, seinen Abschied eingereicht.

Berlin, 9. Nov. Wie verlautet, besteht auf
sozialdemokratischer Seite keine Geneigtheit, den
Führer Ebert das Amt des Reichskanzlers aus der
Hand des Kaisers entgegenzunehmen zu lassen. Man
denkt daran, daß die in der Bildung begriffenen
Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands Abordnun-
gen nach Berlin schicken, die dann voraussichtlich die
Republik proklamieren und die Grundlagen der neuen
Verfassung festlegen. Außerdem wird bekannt, daß
die Friedensbedingungen über alles Erwarten hart aus-
gefallen sind, sodas selbst der bisherige Staatssekretär
Erzberger mit seinen weitreichenden Vollmachten
abgelehnt hat, die Bedingungen sofort anzunehmen.
Weitere Nachrichten besagen, daß an der Westfront
zeitgehende Verbrüderungen zwischen den bisher
feindlichen Truppen stattfinden. In Paris soll eine
solche Bewegung, wie in Deutschland, im Gange
sein. Wie man hört, ist für Berlin ein Befehl an
das Militär ergangen, bei Massenaufmärschen der Ar-
beiterklasse von der Waffe keinen Gebrauch zu
machen. Einige Regimenter sollen sich den neuen
Machthabern bereits zur Verfügung gestellt haben.
In den meisten hiesigen Fabriken haben die Ar-
beiter heute früh die Arbeit niedergelegt. Es fan-
den hier Anzüge statt und alles ist bis jetzt ruhig
und glatt verlaufen.

Berlin, 11. Nov. Der Kriegsminister und
der Unterstaatssekretär haben folgenden Erlaß an
die stellvertretenden Generalkommandos gerichtet:
Im Interesse des Allgemeinwohls muß von je-
dem Offizier verlangt werden, daß er auch unter
den jetzigen Verhältnissen seinen Dienst nach besten
Kräften weiter versieht. Die Sicherheit und Ord-
nung, sowie die Volksernährung können nur ge-
währleistet werden, wenn alle Kraft hierzu verwen-

det und allen Befehlen des stellv. Generalkom-
mandos auch Folge geleistet wird. Ueber Bildung
von Soldatenräten folgt Weisung.

Berlin, 10. Nov. Die „Nordb. Allg. Ztg.“
ist heute früh unter dem neuen Namen erschienen:
„Die Internationale“, ehemals „Nordb. Allg. Ztg.“
Am Samstag abend um 9 Uhr hat eine neue Re-
daktion die Leitung in der Nordb. Allg. Ztg. über-
nommen und dem Blatt auch den neuen Namen
gegeben. An der Erscheinungszeit soll einstweilen
nichts geändert werden. Es ist anzunehmen, daß
das Blatt sich den Händen der Unabhängigen be-
findet, während bekanntlich die Spartacus-Gruppe
auf den Scherfchen „Lokal-Anzeiger“ Hand gelegt
hat, der bereits unter dem Namen „Die rote Fahne“
erschieden ist.

Berlin, 10. Nov. Der Staatssekretär des
Ernährungsamtes, Herr v. Waldow, hat die Ge-
schäfte niedergelegt. Auch Graf Rüdern hat die Ge-
schäfte des Reichsschatzamtes niedergelegt, die ein-
stweilen von Unterstaatssekretär Schiffer weitergeführt
werden. Zum Nachfolger des Staatssekretärs des
Reichswirtschaftsamtes ist der Oberst Röhls ausersuchen.

Berlin, 10. Nov. Der deutsche Gesandte im
 Haag und in Brüssel berichtet, daß nach ganz zu-
verlässigen Nachrichten aus Ententekreisen die En-
tente mit einem bolschewistischen Deutschland keinen
Frieden schließen würde, weil sie in einem solchen
Staate keine Regierungsgewalt finden würde, deren
Autorität und Dauer genügend verbürgt wäre. Die
Entente würde sich berufen fühlen, in diesem Falle
in Deutschland einzumarschieren und in Deutschland
Ordnung zu schaffen.

Leipzig, 10. Nov. Von einem gestern Abend
aus dem Westen eingetroffenen Angehörigen der
Armee wird der Leipz. Abendztg. glaubhaft versichert,
daß es kurz vor seiner Abreise an mehreren Stellen
der Westfront zu großen Verbrüderungen zwischen
deutschen und französischen Truppenteilen kam, bei
denen rote Fahnen entrollt und sozialistische Lieder
gesungen wurden. Bereits vor vier Tagen sollen,
wie dabei die französischen Truppen erzählten, 4
französische Divisionen gemeuert haben, sodas sich
sich veranlaßt gesehen habe, sie schleunigst hinter
die Frontlinie zurückzuziehen. Auch an der früheren
deutsch-englischen Front sollen ähnliche Ereignisse
stattgefunden haben.

Wien, 10. Nov. Die deutsch-österreichische
Nationalversammlung wird am Dienstag nur über
den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland
beschließen. Die Frage der Staatsform selbst bleibt offen,
da sie auch in Deutschland endgültig erst von der konsti-
tuierenden Nationalversammlung beschlossen werden
soll. Die deutsch-österreichische Nationalversammlung
wird ihren Beschluß auf Grund des Selbstbestim-
mungsrechts der Völker fassen, das ja von der En-
tente selbst proklamiert worden ist.

Ungemein schwere und unumensliche Waffen- stillstandsbedingungen.

Berlin, 10. Nov. WTB. Amtlich. Folgen-
des ist ein Auszug aus den Waffenstillstandsbedin-
gungen:

1. Inkrafttreten sechs Stunden nach der Unter-
zeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich,
Elsas-Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Trup-
pen noch zu dieser Zeit übrig bleibt, wird interniert
oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben sind 5000 Kanonen, zunächst
schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minen-
werfer, 20 000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufers, Mainz,
Koblenz und Aachen werden auf einen Radius von
30 Kilometer Tiefe vom Feind besetzt.
5. Auf dem rechten Rheinufer sind 30 bis 40
Kilometer tiefe neutrale Zone. Räumung in 11
Tagen.
6. Auf dem linken Rheinufergebiet darf nichts
hinweggeführt werden: alle Fabriken, Eisenbahnen
usw. müssen intakt bleiben.
7. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000
Kraftwagen sind abzugeben.
8. Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen
durch Deutschland.
9. Im Osten sind alle Truppen hinter die Gren-
zen vom 1. August 1914 zurückzunehmen. Ein Ter-
min dafür ist nicht angegeben.
10. Verzicht auf die Verträge von Brest Litowsk
und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Deutsch-
Ostafrika.
12. Rückgabe des Bestandes der belgischen Bank,
des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegen-
seitigkeit.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten
Kreuzern und 6 Dreadnoughts; die übrigen Schiffe
werden interniert und überwacht von Alliierten in
neutralen oder alliierten Häfen.

15. Sicherung der freien Durchfahrt durch das
Kattegat, Räumung der Minenfelder und Befreiung
aller Forts und Batterien, von denen aus die
Durchfahrt behindert werden könnte.

16. Die Blockade bleibt bestehen. Deutsche
Schiffe dürfen weiter gelapert werden.

17. Alle von Deutschland für die Neutralen
verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden
aufgehoben.

18. Der Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Die Waffenstillstandsbedingungen angenommen.

WTB. Berlin, 10. Nov. Amtl. „Heute mor-
gen“ fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt.
Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffen-
stillstandes wurden die Bedingungen angenommen.
Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation
gegeben worden.

Heute nacht ist folgende Note an den Staats-
sekretär Lansing nach Washington gesandt worden:

Herr Staatssekretär! Ueberzeugt von der Ge-
meinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale
hat sich das deutsche Volk an den Herren Präsidenten
der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt,
den Frieden wieder herzustellen. Dieser Frieden
sollte den Grundfäden entsprechen, zu denen Präsi-
dent Wilson sich stets bekannt hat. Er sollte eine
gerechte Lösung aller strittigen Fragen und eine
dauernde Versöhnung der Völker zum Ziele haben.
Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit
dem deutschen Volke Krieg führen und es in seiner
friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle. Die
deutsche Regierung hat die Bedingungen für den
Waffenstillstand erhalten. Nach einer Blockade von
50 Monaten würden diese Bedingungen, insbeson-
dere die Abnahme der Verkehrsmittel und die Un-
terhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger
Fortdauer der Blockade die Ernährungslage Deutsch-
lands zu einer verzweifeltsten gestalten und den Hung-
ertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern
bedeuten. Wir mußten die Bedingungen annehmen.
Wir machen aber den Präsidenten Wilson feierlich
und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung
der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil
der Befinnung erzeugen muß, die eine Voraus-
setzung zu dem Neuaufbau der Völkergemeinschaft
bildet und einen dauerhaften Rechtsfrieden verbürgt.
Die deutsche Regierung wendet sich daher in letzter
Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte,
auf eine Milderung der verurteilenden Bedingungen
bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes:
Soll.

(Mit der Annahme der Waffenstillstandsbedin-
gungen kann der Weltkrieg endgültig als beendet be-
trachtet werden. Schriftl.)

Hindenburg mit der Armee zur Verfügung der neuen Regierung.

Adln, 11. Nov. Der Arbeiter- und Soldaten-
rat teilt mit: Generalfeldmarschall von Hindenburg
und Generalquartiermeister Gröner haben den Ab-
ner Arbeiter- und Soldatenrat bitten lassen, eine
Vertretung zu wichtigen Beratungen sofort ins Große
Hauptquartier zu senden. Die Abordnung ist Man-
tag früh abgegangen. Wie der Kölner Arbeiter-
und Soldatenrat zuverlässig erfährt, hat Hindenburg
in einem Telegramm an die neue Regierung sich mit
der Armee zu ihrer Verfügung gestellt, um ein Chaos
zu vermeiden.

Weitere entthronte Staatsoberhäupter.

Berlin, 11. Nov. Der „Vorwärts“ meldet
aus Dresden: Der König ist seines Thrones ent-
setzt. Die Dynastie Wettin hat aufgehört zu eri-
stieren. Die erste Kammer ist aufgelöst, auch die
zweite Kammer besteht nicht mehr.

Gera, 11. Nov. Fürst Heinrich XXVII. von
Reuß j. L. hat für sich und sein Haus den Verzicht
auf den Thron ausgesprochen.

Wilhelmshaven, 11. Nov. Der Großher-
zog von Oldenburg ist abgesetzt worden.

Die Kaiserfamilie im Ausland.

Berlin, 11. Nov. Der Arbeiter- und Sol-
datenrat teilt mit: In Maastricht sind in Automo-
bilen der frühere Kaiser und die Kaiserin und der
Kronprinz eingetroffen und erwarten dort die Ent-
scheidung der holländischen Regierung über ihre
Zulassung in Holland.

Berlin, 10. Nov. Der Kaiser ist mit 10 Herren
Gefolge in Amheim in Holland eingetroffen und
wird dort in der Villa des Barons Bentinck Wohn-
ung nehmen.

Briefkasten der Schriftleitung.

Severus Silvius. Der Aufnahme des Artikels
steht nichts im Wege. Nennen Sie uns vertrauens-
voll Ihren wirklichen Namen. Einsendungen ohne
oder mit fingierter Unterschrift bleiben grundsätzlich
unberücksichtigt.
Schriftleitung.



K. Kameralamt Neuenbürg.
Öffentliche Aufforderung

zur
Abgabe einer Vermögenserklärung für die Veranlagung der Einzelpersonen zur außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918.

Zur Abgabe einer Vermögenserklärung sind nach § 34 Abs. 1 des Gesetzes vom 26. Juli 1918 (Reichsges. Bl. S. 964) verpflichtet alle Personen, die nach dem Stand vom 31. Dezember 1917 ein Vermögen von mehr als 100 000 Mark besitzen,
1. wenn eine Feststellung des Vermögens auf 31. Dezember 1916 nicht stattgefunden hat, d. h. weder ein Kriegssteuer- noch ein Besitzsteuer- noch ein Feststellungsbescheid auf Grund des Besitzsteuergesetzes erteilt worden ist,
2. wenn sich das Vermögen seit 1. Januar 1917 bis 31. Dezember 1917 durch Erbanfall, durch Lehen-, Fideikommiss- oder Stammgutanfall, infolge Vermächtnisses oder auf andere Weise aus dem Nachlass eines Verstorbenen von Todes wegen, ferner durch Schenkung oder durch eine sonstige ohne entsprechende Gegenleistung erhaltene Zuwendung um mehr als 5000 Mark vermehrt hat.

Die gleiche Verpflichtung gilt für den gesetzlichen Vertreter eines Abgabepflichtigen hinsichtlich des seiner Verwaltung unterliegenden Vermögens.
Sämtliche Personen, bei denen diese Voraussetzungen zutreffen, werden aufgefordert, ihre Vermögenserklärung unter Beachtung des vorgeschriebenen Vordrucks

in der Zeit vom 16. bis 30. November 1918 bei dem Bezirkssteueramt einzureichen. Vordrucke für die Vermögenserklärung können, soweit sie den Abgabepflichtigen nicht mit der Post zugegangen sind, von dem Bezirkssteueramt, soweit erforderlich, durch Vermittlung der Ortssteuerämter bezogen werden.

Die Verpflichtung zur Abgabe einer Vermögenserklärung wird durch das Unterbleiben der Zusendung eines Vordrucks nicht berührt.
Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post geschieht auf Gefahr des Absenders. Mündliche Erklärungen werden von dem Bezirkssteueramt während der gewöhnlichen Geschäftsstunden zu Protokoll entgegengenommen.

Nach § 52 Abs. 2 des Besitzsteuergesetzes und § 33 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. Juli 1918 ist die Steuerbehörde berechtigt, von jedem Abgabepflichtigen binnen einer von ihr festzusetzenden Frist die Abgabe einer Vermögenserklärung zu verlangen. Hat das Bezirkssteueramt von dieser Ermächtigung entsprechend der Vorschrift in § 5 der Ausf. Best. des Bundesrats Gebrauch gemacht, so sind alle Personen, die unter Uebersendung eines Vordrucks zur Abgabe einer Vermögenserklärung nach dem Stand vom 31. Dezember 1917 aufgefordert worden sind, verpflichtet, den vorgeschriebenen Vordruck innerhalb der vorgeschriebenen Frist anzufüllen, auch wenn das Vermögen am 31. Dezember 1917 nicht mehr als 100 000 Mark betragen hat.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Vermögenserklärung versäumt, kann hiezu gemäß § 54 des Besitzsteuergesetzes und § 33 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. Juli 1918 mit Geldstrafen bis zu 500 Mark angehalten werden, auch hat er einen Zuschlag von 5-10% der rechtskräftig festgestellten Kriegsabgabe zu leisten.

Wesentlich unrichtige und unvollständige Angaben in der Vermögenserklärung sind mit Geldstrafen bis zum fünffachen Betrag der gefährdeten Steuer, gegebenenfalls außerdem mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht. Bei Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe kann in dem gerichtlichen Urteil angeordnet werden, daß die Bestrafung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekannt gemacht wird.

Die Strafvorschriften kommen auch dann zur Anwendung, wenn eine bei dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 26. Juli 1918 bereits abgegebene unrichtige oder unvollständige Steuererklärung, auf Grund deren die Veranlagung der Kriegsabgabe vom Mehreinkommen oder Vermögen zu erfolgen hat (Einkommensteuererklärung - Besitz- und Kriegssteuererklärung, nicht spätestens innerhalb eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheids der Behörde gegenüber berichtigt und vervollständigt wird.

Neuenbürg den 9. Nov. 1918. Mangold.

Neuenbürg.
Die Zuschüsse der Stadtgemeinde
zur reichsges. Familienunterstützung zum Heere Einberufenen für den Monat November kommen Dienstag, den 12. ds. Mts. zur Auszahlung in der seither üblichen Reihenfolge.
Den 11. November 1918. **Stadtpflege.** Stv. Gollmer.

Gräfenhausen. Eine ältere gute Nuß- und Fahrkuh, 32 Wochen trüchtig, sehr dem Verkauf aus Paul Glauner.	Engelsbrand. Eine ältere gute Nuß- und Fahrkuh, 35 Wochen trüchtig, sehr dem Verkauf aus Rudolf Reichstetter.
--	--

Unterreichenbach, 9. November 1918.

Statt Karten.

Todes-Anzeige.

Tiefbetäubt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere gute, treubeforgte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante



Luise Fischer,

geb. Bischoff,

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 46 Jahren heute früh 2 1/2 Uhr im Städt. Krankenhaus in Pforzheim sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten
in tiefer Trauer:

Der tiefgebeugte Gatte **Gottlieb Fischer,** Seckernstr.
Die Töchter **Luise** und **Helene.**

Beerdigung findet am Dienstag, den 12. Novbr., nachmittags 1 Uhr, in Unterreichenbach statt.

Schömburg-Bühlhof, 11. Nov. 1918.

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante



Martha Fuchs

heute früh 3 1/2 Uhr im Alter von 16 1/2 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Die Eltern: **Matthäus Fuchs** mit Familie.

Beerdigung findet Dienstag nachmittags 3 Uhr statt.

Liebenzell.

Schlafzimmer- u. Möbelversteigerung.

Im Auftrag des Herrn **Wilh. Rühle,** Sattlers daselbst, bringe ich am

Mittwoch, den 13. Nov., nachmittags von 1/2 2 Uhr an, folgende Möbel wegen Aufgabe der Fremdenzimmer gegen Barzahlung zur Versteigerung:

Verschiedene vollständige Schlafzimmer-Einrichtungen mit Kapo-Matratzen, feinen Federn und Oberbetten, Waschtische mit Marmor und Spiegelaufsatz, verschied. Kinderbetten, 2 Plüsch-Divane, 1 Sofa, 1 Amerikaner-Sessel, Vorhänge.

Bemerkte wird noch, daß sämtliche Möbel neu sind und auch für Brautpaare sich eignen.
Liebhaber sind eingeladen.

Stadlinventierer **Kolb.**

Schreiner, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter

suchen

August Veihl's Nachfolger, Möbelfabrik, Pforzheim und Wiernsheim.

Abbitte.

Die Unterzeichnete erklärt hiermit, daß sie die beleidigende Äußerung, welche sie im Juni 1918 gegenüber der Pauline König in Schwann gebraucht hat, mit dem Ausdruck des Bedauerns als unwahr zurücknimmt.

Schwann, den 8. Nov. 1918.

Emma Hörter.

Heimat

f. alleinst. tücht. Mädchen bietet sich sofort bei einzelner Dame. Offerten an Frau Rechtsanwält **Grosz, Pforzheim, Lameystr. 29.**

4 bis 10 000 Mark

sind sofort oder später in einem oder mehreren Posten gegen l. Pfandsicherheit zu 4 1/2 Proz. auszuliehen. Zu erst in der Engländer-Geschäftsstelle.

Euche für sofort ein ordentl.

Mädchen

für Küche und Hausarbeit, welches schon gebildet hat.

Frau Apotheker **Bozenhardt,** Neuenbürg.

Mädchen-Gesuch.

Auf 1. Dezember wird ein zuverlässiges Mädchen für Küche und Hausarbeit gesucht. Zimmermädchen vorhanden.

Angebote an die „Engländer“-Geschäftsstelle.

Mädchen-Gesuch.

Tüchtiges, solides Mädchen in gutes Haus (2 Pers.) für auswärtig sofort od. auf 1. Dezember gesucht.

Zu erfragen bei **Bahnwärter Schoch,** Neuenbürg-Gisenfurt.

Neuenbürg.

Eine 40 Wochen trüchtige

Nuß- u. Fahrkuh

hat zu verkaufen **Karl Scholl** i. „Traube“.

Neubach.

Eine ältere gute

Nußkuh

samt Kalb

seht dem Verkauf aus **Sak. König,** Bauers Wäwe.

Birkenfeld.

Eine trüchtige

Kalbin,

gut im Jug, seht dem Verkauf aus. Zu erfragen **Dießingerstr. 33.**

Oberniedelsbach.

Ein schönes 5 Monate altes

Kuhkind

hat zu verkaufen **Gottlob Voger.**

Alle Musik-Instrumente

für Haus und Orchester von den einfachst. Schülern bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl

Musik-Haus Eurtz,

Großhandel und Einzelverkauf **Pforzheim, Leopoldstr. 17** (Arkaden Niedelsch-Kopfstraße).

Ankauf abgepielter Grammophon-Platten u. Bruch z. sehr geringen Höchstpreisen von A 1.75 per kg.

Alle Reparaturen u. Stimmen.

Feldpostschachteln

aus fester starker Lederpappe, in 6 Größen, Musterpakete mit 60 Schachteln Mk. 12.— Nachnahme.

Ansichtskarten

100 St. verschiedene Serien-, Glückwunsch-, Soldaten-, Blumen-, Mädchen- etc. Postkarten, 100 Muster Mark 6.—

Glückwunschkarten

für alle Zwecke mit Kuvert 100 St. Mark 5.—

Briefmappen

mit 5 St. Briefbogen und 5 Hüllen, 16 Mustermappen Mk. 4.—

Paal Rupp, Fraudenstadt 314 Wübg.